# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 10 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 13. Januar | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932


# Die Absage

## Warum sie ablehnten.

Hugenbergs und Hitlers Antwort.

**Der Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Brüning, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag vornehmen zu lassen hatte zu einer Unterredung zwischen dem deutschnationalen Führer Dr. Hugenberg und dem Führer der Nationalsozialisten Hitler geführt, in der die Parteien zu der gemeinsamen Überzeugung kamen, daß die vorgeschlagene Maßnahme aus verfassungsrechtlichen Bedenken abzulehnen sei. Entsprechende Erklärungen sind jetzt dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler übermittelt worden.**

### Hugenbergs Antwort an Brüning.

Das Schreiben des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg an Reichskanzler Brüning lautet wie folgt: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Sie legten mir die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg stelle. Sie, Herr Reichskanzler, könnten diese Frage nicht aufgerollt haben, wenn Sie dabei nicht des

**Einverständnisses des Zentrums und der SPD. sicher**

gewesen wären. Es sind das die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalte dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgesetzt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität" der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen,

**hinter der keine Mehrheit des Volkes steht.**

Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauenskundgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten

**durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung**

gestärkt würde, deren Vergangenheit es ihr erschwert, dem veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlußfassung des Parlaments. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt um so weniger Anlaß vor, als

**der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.**

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen

**der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen**

nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauenskundgebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten, als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorgehens für uns nicht in Frage kommen kann."

Zu dem Brief des deutschnationalen Parteiführers Dr. Hugenberg an den Reichskanzler wird amtlich noch nicht Stellung genommen. In Kreisen der Reichsregierung wird jedoch die Behauptung, daß die Aktion des Reichskanzlers im Einverständnis mit dem Zentrum und der SPD. getätigt worden sei, als falsch bezeichnet. Für diese Behauptung sei auch kein Beweis erbracht. Bekanntlich sei zuerst mit der NSDAP. und darauf erst mit der SPD. verhandelt worden. Die weitere Behauptung, daß hinter der Brüning-Regierung keine Mehrheit des Volkes stehe, sei gleichfalls nicht richtig; erst heute habe der Ältestenrat des Reichstages die Einberufung des Reichstages abgelehnt, woraus hervorgehe, daß die Reichsregierung über die Mehrheit im Ältestenrat und demgemäß auch im Reichstag verfüge. Weiter wird auch die Feststellung Hugenbergs als unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Angelegenheit der Präsidentenwahl in die Öffentlichkeit gezogen habe.

*

## Brüning berichtet.

Die amtliche Mitteilung.

**Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer parlamentarischen Wiederwahl des Reichspräsidenten erstattet.**

**Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Der Herr Reichskanzler berichtete dem Herrn Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch den Reichstag. Auf Grund dieses Vortrags bat der Herr Reichspräsident den Herrn Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.**

Hitler hat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Vorschlag Brünings nicht dem Reichskanzler, sondern dem Reichspräsidenten persönlich in einem Schreiben übermittelt. Das Schreiben, das lediglich zur persönlichen Unterrichtung des Reichspräsidenten dient, soll nicht veröffentlicht werden.

## Ein „Hindenburg-Ausschuß" für die Volkswahl.

Nachdem die Bemühungen Brünings um eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten endgültig gescheitert sind, wird es sich nun darum handeln, eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl vorzubereiten.

**An den zuständigen Stellen steht man auf dem Standpunkt, daß nunmehr alle weiteren Maßnahmen aus dem Volke selbst kommen müssen. Man hält hierfür die Bildung eines Ausschusses für zweckmäßig, wie er bereits seinerzeit bei der ersten Wahl Hindenburgs gebildet wurde.**

Welche Persönlichkeiten für die Bildung eines solchen Ausschusses in Frage kommen und wer die Führung dieses Ausschusses übernehmen soll, muß den Verhandlungen der in Frage kommenden Stellen überlassen bleiben. Man hält hierfür besonders überparteiliche Personen und Organisationen für geeignet.

**Die Bayerische Volkspartei zur Reichspräsidentenwahl.**

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei stellte, wie die „Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei" berichtet, mit Genugtuung fest, daß vor sieben Jahren die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten durch die entscheidende Stimmenzahl der Wähler der Bayerischen Volkspartei ermöglicht wurde. Um so lebhafter bedauerte sie, daß der von der Reichsregierung unternommene Versuch, durch ein verfassungsänderndes Gesetz eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten herbeizuführen, gescheitert ist.

## Hitler an Reichskanzler Brüning.

**Der Führer der Nationalsozialisten aus Berlin abgereist.**

Hitler hat folgenden Brief an den Reichskanzler Brüning gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister General Groener mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern, bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

**Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP. bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab.**

Die verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mit einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener Adolf Hitler."

Dieser Brief wurde in der Reichskanzlei dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning durch Hauptmann Göring überreicht. Adolf Hitler hat Berlin verlassen und ist nach München abgereist.

## Die Volkswahl des Reichspräsidenten.

In Kreisen der Reichsregierung steht man auf dem Standpunkt, daß das Ziel der Aktion des Reichskanzlers gewesen sei, auf dem möglichst kürzesten, auch volkswirtschaftlich einfachsten Wege eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg entsprechend dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes herbeizuführen. Wenn dieser einfachste und billigste Weg nicht gangbar sei, das Ziel als solches jedoch abgelehnt werde, so stünde einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auch heute nichts im Wege.

**Die nächsten Bemühungen der Reichsregierung werden jetzt der Sondierung der Parteien hinsichtlich der Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk gelten. Die Verhandlungen zwischen einer Reihe parlamentarischer Gruppen sind bereits in vollem Gange. Sie dienen der Absicht, die Wiederaufstellung Hindenburgs als Gemeinschaftskandidat einer Einheitsfront sicherzustellen.**

# Französische Machenschaften

## Frankreichs Politik der Nadelstiche.

Ruhige Auffassung in Berlin.

Der Beschluß der BJZ., nur bedingungsweise den Rediskontkredit der Reichsbank auf drei Monate zu verlängern, wogegen die französische Regierung beabsichtigt, den französischen Anteil (ein Viertel der Gesamtsumme) nur bis zum 4. März zu verlängern, ist in Berlin mit größter Ruhe aufgenommen worden. Man nimmt an, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Man betont aber ausdrücklich, daß der Betrag von 200 Millionen Mark (der Anteil der BJZ. selbst und der französische Anteil), dessen kreditmäßige Verlängerung äußerstenfalls nicht zugestanden werden würde, nicht geeignet sein könnte, den vom Reichskanzler dargelegten deutschen Standpunkt in der Tributfrage zu erschüttern, zumal der deutsche Standpunkt, wie dies von dem englischen Kabinett durchaus richtig erkannt worden ist, lediglich eine Feststellung von Tatsachen, nicht aber eine Drohung bedeutete. Sollte man aber in Frankreich darauf beharren, Deutschland durch derart kleinliche Maßnahmen auf die Knie zwingen zu wollen, so würde dies nur ein Beweis dafür sein, wie hilflos man in Paris der Macht der Tatsachen gegenübersteht.

### Angst vor Beerdigung des Young-Plans.

Die französisch-englischen Verhandlungen über die Frage einer Einheitsfront angesichts der bevorstehenden Lausanner Besprechungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Finanzminister Flandin hatte noch einmal eine längere Aussprache mit dem englischen Finanzsachverständigen Leith Roß, der sich nach London zurückbegeben hat, um seine Regierung über den Standpunkt Frankreichs zu unterrichten. Obgleich über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen in Anbetracht der Erklärung Dr. Brünings französischerseits noch größeres Schweigen bewahrt wird als jemals, weiß man doch, daß die Hauptschwierigkeiten in der Festsetzung der Dauer des Zahlungsaufschubs liegen. Leith Roß hat energisch den bisherigen Standpunkt Englands vertreten, wonach dieser Zahlungsaufschub solange wie möglich ausgedehnt werden müsse, während Frankreich vorläufig ein Jahr nicht überschreiten wolle, da es befürchtet, daß eine längere Dauer die endgültige Beerdigung des Young-Planes nach sich ziehen könne.

## Fünfjähriges Moratorium?

Englisch-französischer Schritt in Amerika.

Wie in gut unterrichteten Washingtoner Kreisen verlautet, bereiten England und Frankreich einen gemeinsamen Schritt bei den Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Die beiden Mächte beabsichtigen, infolge der Erklärung Brünings über die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen ein fünfjähriges Moratorium zu beantragen. Man erwartet, daß die endgültige Form dieses Antrages in Lausanne ausgearbeitet werden wird.

## Kurze politische Nachrichten.

Der Reichsrat hält seine nächste Vollsitzung am Donnerstag, den 14. Januar, ab. Der Reichsrat wird sich mit dem Gesetzentwurf wegen der Erleichterungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dritten Staaten (Polen und Danzig) und mit dem Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich (Regelung der Anschluß- und Übergangsverhältnisse im Eisenbahnverkehr) beschäftigen.

*

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug am 31. Dezember 1931 1912,6 Millionen Mark gegenüber 1746,7 Millionen Mark am 30. November 1931.

*

Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister den Bankenreichstarif mit Wirkung vom 1. Januar ab neuerlich für allgemein verbindlich erklärt. Die von der genannten Organisation geforderte Einbeziehung der öffentlich rechtlichen Kreditinstitute, die im Vorjahr erstmalig unterlassen wurde, ist nicht erfolgt. Der Deutsche Bankbeamtenverein will dieserhalb noch beim Reichsarbeitsministerium vorstellig werden.

*

Nachdem die schweizerische Regierung den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag gekündigt hat, fallen ab 4. Februar insbesondere die mit der Schweiz vereinbarten Zollherabsetzungen und Zollbindungen fort. Es ist jedoch festgestellt worden, daß beide Teile sich für die Zeit nach dem 4. Februar meistbegünstigt behandeln wollen. Hiernach würden die dritten Staaten gegenüber herabgesetzten oder gebundenen Zölle zur Anwendung gelangen.

# Deutschland kann nicht zahlen.

Eigentlich sollte man in dem heute noch etwas aufgeregten Frankreich nicht ganz unzufrieden damit sein, daß die deutsche Vertretung mit einer klaren und unzweideutigen Haltung auf die Reparationskonferenz kommen wird! Nicht gerade selten konnte die Welt französische Klagen darüber hören, daß auf solchen Konferenzen „niemand wisse, was die Deutschen eigentlich wollen", daß ihre Vertretungen ungenügende Vollmachten hätten, doppelzüngig und ganz unzuverlässig wären. Davon kann nun doch wirklich nicht mehr die Rede sein. Es ist gar nicht daran zu denken, daß Dr. Brüning nun etwa eine „einseitige Kündigung des Versailler Vertrages", wie man in Paris schrie und schrieb, oder nur des Young-Plans mit einer mehr oder weniger heroischen Geste vollzogen hat. Sondern er hat nur festgestellt was ist und sein wird, — was auch nach dem Urteil der Welt ist und sein wird und dem auch Frankreich teilweise zugestimmt hat: Deutschland kann nicht zahlen, was man von ihm als Tribute verlangt, und wird nicht zahlen können. Daraus die Folgerungen zu ziehen, wird Sache der Konferenz sein, also eine endgültige Lösung der deutschen Tributfragen zu finden, die nach Auffassung der deutschen Regierung eben nur in einer Streichung dieser Tribute bestehen könne. Komplizierte Kompromißlösungen auszuarbeiten — Frankreich ist eifrig damit beschäftigt, derartiges zu tun; die amerikanischen Gläubiger sollen durch deutsche Eisenbahnbonds befriedigt werden, mit denen wir den bedingungslosen Teil der Tribute weiterbezahlen sollen —, ein Vorbeigehen an der Wirklichkeit usw. führt zu nichts. Das stände auf einem Papier, das zu unterschreiben sich nicht die Mühe des Federhalterzückens lohnen würde.

Die berüchtigte Reuter-Depesche mit ihrer verzerrend-zugespitzten „Mitteilung über den angeblichen Inhalt einer Unterredung Brünings mit dem englischen Botschafter ist später dementiert worden, erregte aber in Frankreich bekanntlich heftigste Erregung, weil ja darin die „Geste" eines sofortigen deutschen Antrages auf Streichung der Reparationen enthalten war. „Es ist der Ton, der die Musik macht", sagt ja gerade der Franzose, und las, wie der Finanzminister Flandin, allerdings unter Vorbehalten, eine deutsche „Zahlungsverweigerung" heraus und deutete im Hinblick auf die Verhandlungen über die Reichspräsidenten-Neuwahl auch allerhand innenpolitische Rücksichten hinein. Daß dies alles Irrtümer sind, hat man wenigstens in amtlichen Pariser Kreisen schon sehr bald erkannt und dadurch zu verstehen gegeben, daß das Erscheinen auf der Lausanner Konferenz zugesagt wird. Denn die wirkliche deutsche Stellungnahme ist der französischen Regierung durch ihren Berliner Botschafter mitgeteilt worden, der nach Empfang entsprechender Mitteilungen durch den Reichskanzler sofort nach Paris abgereist war. An der deutschen Regierung liegt die „Schuld" dafür also nicht, wenn die Öffentlichkeit erst falsch, dann richtig schon 14 Tage vor Beginn der Konferenz unterrichtet worden ist bzw. unterrichtet werden mußte. Da auch der deutsche Botschafter seine Rückkehr nach Paris zu einem sofortigen Besuch beim Ministerpräsidenten Laval benütze und ihn vermutlich auch noch ausgiebig über diese Affäre aufklärte, — die übrigens nicht gerade sehr „ehrenvoll" für gewisse Herren Diplomaten ist — so wird man in Frankreich hoffentlich zu einer ruhigeren, vor allem aber sachlicheren Beurteilung, was wirklich ist, noch rechtzeitig vor der Konferenz gelangen können.

Denn eine entsprechende Atmosphäre muß auf dieser Konferenz vorhanden sein und bewahrt werden, — dürfen wir uns doch über die Schwere der dort bevorstehenden Verhandlungen keinerlei Täuschungen hingeben. Zu viele Konferenzen haben wir im letzten Jahre erlebt, die trotz des rasend schnellen Anwachsens der Weltkrise ergebnislos verliefen oder nur sehr magere Resultate erbrachten. Seit der letzten Zusammenkunft dieser Art — in London — sind die Dinge allerdings nun derart vorwärtsgetrieben worden, daß die Baseler Konferenz die Wirklichkeit nicht mehr verhüllen konnte. Man weiß, daß die Berichte einzelner ihrer Teilnehmer den Schleier ganz herunterzureißen versuchten. Dabei fiel ihnen Frankreich noch einmal in die Hände. Aber gesagt wurde doch, daß ohne Regelung der Tribute, die das deutsche Wirtschaftssystem zerstört haben, die Zerstörung des Weltwirtschaftssystems nicht mehr aufzuhalten ist.

## Wie Ebert und Hindenburg zu Reichspräsidenten gewählt wurden.

**Zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl.**

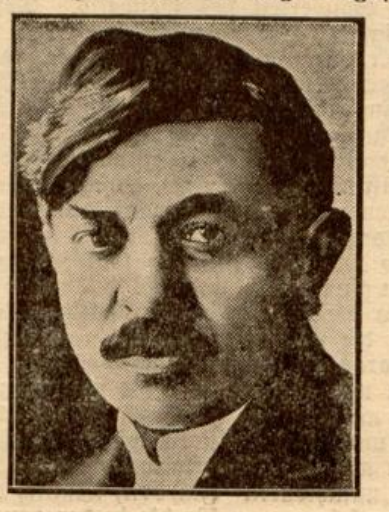
Die Deutsche Nationalversammlung hat am 11. Februar 1919 den Volksbeauftragten Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt, und zwar ohne Festlegung der Präsidentschaftsdauer. Die Wahl erfolgte in geheimer namentlicher Abstimmung. Die Mehrheitsparteien hatten sich vorher auf die Kandidatur Ebert geeinigt. Ebert erhielt 277, Graf Posadowsky 49 Stimmen. Der neugewählte Reichstag hat dann, nachdem mit den oberschlesischen Kämpfen verbundenen politischen Wirren eine frühere Entscheidung nicht zugelassen hatten, am 24. Oktober 1922 mit 314 gegen 76 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit, einen Antrag zum Gesetz erhoben, der die Amtszeit Eberts bis zum 30. Juni 1925 festlegte. Nach dem am 28. Februar 1925, also rund vier Monate vorher erfolgten Ableben des ersten Reichspräsidenten wurde durch Reichstagsbeschluß Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bestimmt und vereidigt. Am 9. März verabschiedete der Reichstag die mit dem Wechsel in der Reichspräsidentschaft zusammenhängenden Gesetzentwürfe, durch die auf Vorschlag des Reichsinnenministers der 29. März und für einen etwaigen zweiten Wahlgang der 26. April als Wahltage bestimmt wurden. Im ersten Wahlgang erhielten Dr. Jarres (Rechtsp.) 10 416 658, Braun (Soz.) 7 802 497, Dr. Held (Bayer. Volkspartei) 1 007 540, Dr. Hellpach (Dem.) 1 568 398, Ludendorff (Völkisch) 285 793, Marx (Ztr.) 3 887 734 und Thälmann (Komm.) 1 871 815 Stimmen. 25 761 Stimmen waren zersplittert; außerdem wurden 150 654 ungültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug 68,9 Prozent. Damit hatte keiner der Anwärter die nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten erforderliche Hälfte der gültigen Stimmen erhalten. Im zweiten Wahlgang am 26. April wurden 30 576 874 Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 77,6 Prozent entsprach. Davon entfielen auf v. Hindenburg, den Kandidaten der Rechtsparteien, 14 655 641 oder 48,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, auf Marx, der vom Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten aufgestellt war, 13 751 605 Stimmen, gleich 45,3 Prozent, und auf Thälmann 1 931 151 Stimmen oder 6,4 Prozent. 216 061 Stimmzettel waren ungültig, 13 416 lauteten auf andere als die vorgesehenen drei Kandidaten. Damit war v. Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Am 12. Mai 1925 erfolgte in einer feierlichen Sitzung des Reichstages, an der die Kommunisten nicht teilnahmen, die Vereidigung v. Hindenburgs, woran sich dann im Hause des Reichspräsidenten die offizielle Amtsübergabe durch Dr. Simons schloß. Von Hindenburg richtete zu seinem Amtsbeginn Kundgebungen an das deutsche Volk und an die Wehrmacht und empfing die Vertreter der fremden Staaten, der Reichs- und Landesbehörden, der kirchlichen Organisationen und der Wirtschaftsverbände.

# Kabinett Laval zurückgetreten

## Rücktritt des französischen Ministeriums.

**Das französische Kabinett hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Laval beschlossen, dem Staatspräsidenten Doumer das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten. Über den Rücktritt wird aus Paris folgende amtliche Mitteilung verbreitet:**

**„Der Ministerpräsident hat das Kabinett über die Lage unterrichtet und über die Absicht, von der er sich am Vorabend der großen internationalen Konferenzen leiten lasse, die Gesamtheit der Regierungsparteien zur Leitung der Staatsgeschäfte heranzuziehen. Der Kabinettsrat billigte einstimmig Lavals Entschluß und sicherte ihm volle Handlungsfreiheit zu. Sämtliche Minister und Unterstaatssekretäre stellten dem Ministerpräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung."**



Ministerpräsident Laval.

Der Rücktritt des Kabinetts Laval kommt der Öffentlichkeit etwas überraschend. Nach dem Tode des französischen Kriegsministers Maginot und dem vor einigen Tagen erfolgten Rücktrittsgesuch des französischen Außenministers Briand hatte es den Anschein, daß Laval bemüht sei, die Ergänzung seines Kabinetts ohne Rücktritt der französischen Gesamtregierung vorzunehmen. Da eine Hinzuziehung neuer Parteien zu seiner Regierung nicht möglich schien, hatte Laval die Absicht, selbst die Leitung des Außenministeriums zu übernehmen, das Kriegsministerium mit dem seinem Kabinett angehörenden Ackerbauminister Tardieur zu besetzen, und den frei werdenden Posten des Ackerbauministers dem Unterstaatssekretär dieses Ministeriums zu übertragen. Auf diese Weise wäre es ihm auch möglich gewesen, keine neuen Männer in das Ministerium hineinnehmen zu brauchen.

Die Gründe des jetzt erfolgten Gesamtrücktritts liegen noch nicht klar zutage. Nach Pariser Meldungen soll die Gesamtdemission auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Laval und Briand zurückzuführen sein, der sich geweigert haben soll, allein aus dem Kabinett auszuscheiden, obwohl er dem Ministerpräsidenten vor einigen Tagen sein Demissionsgesuch überreicht hatte. Man rechnet im allgemeinen damit, daß Laval mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird, der dann nochmals den Versuch machen wird, seine Regierung auf eine weitere Grundlage als bisher zu stellen und ein „Kabinett der nationalen Einigung" zu bilden. Dieses „Kabinett der nationalen Einigung" hält man in der französischen Öffentlichkeit im Hinblick auf die kommenden großen Konferenzen für unbedingt notwendig.

# Die Sieben im Stollen

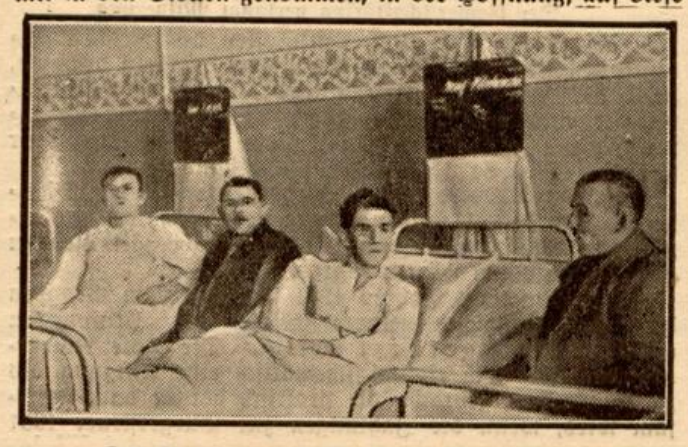
## Kein Lebenszeichen von den noch eingeschlossenen Bergleuten.

Schwierige Arbeit der Rettungsmannschaften.

**Noch immer sind in dem eingestürzten Stollen auf der Karsten-Zentrum-Grube bei Beuthen sieben Bergleute eingeschlossen, über deren Schicksal man nichts weiß. Sind sie tot oder sind sie noch am Leben? Es ist leider nicht richtig, daß die Eingeschlossenen sich durch Klopfzeichen bemerkbar gemacht hätten, wie gerüchtweise gemeldet worden war. Irgend ein Lebenszeichen von ihnen war bisher nicht zu vernehmen. Um nichts unversucht zu lassen, hat man**

eine Abhörvorrichtung,

**wie sie im Sappenkrieg an der Westfront verwendet wurde, mit in den Stollen genommen, in der Hoffnung, auf diese Weise vielleicht etwaige Zeichen besser vernehmen zu können. Ob diese Vorrichtung, deren Wirksamkeit im Kohlengestein noch nicht erprobt ist, einen Nutzen haben wird, weiß man nicht.**



Die Geretteten der Karsten-Zentrums-Grube im Knappschaftslazarett Beuthen, wo sie nach ihrer wunderbaren Rettung die erste Aufnahme fanden.

Das Schwergewicht der Bergungsarbeiten liegt nach wie vor bei den Rettungskolonnen, die in Stärke von etwa 30 Mann mit dem Abbauhammer dem Gestein zu Leibe gehen. Bohrmaschinen konnten nicht in Tätigkeit treten, und das Sprengen wurde wegen der damit verbundenen großen Gefahren für Verschüttete und Retter vom Oberbergamt verboten.

Am Dienstag nachmittag war die Lage so, daß man hoffte, in kürzester Zeit an die Verschütteten herankommen zu können. Je näher die Rettungsmannschaften dem Ort kamen, an dem man sie vermutete, desto vorsichtiger mußte gearbeitet werden.

**Die Rettungsmannschaften,**

deren Tätigkeit immer wieder höchstes Lob gezollt werden muß, waren sich des Ernstes der Lage voll bewußt und leisteten fast Übermenschliches. Was überhaupt geschehen konnte, um das Rettungswerk einem glücklichen Ende entgegenzuführen, wurde getan. Leider war die Anwendung der technischen Hilfsmittel, wie Rammen, Bohrmaschinen usw. beschränkt, da sie die Gefahr für Eingeschlossene und Retter nur erhöhen konnte. Störungen durch Gebirgsbewegungen sind in der letzten Zeit nicht mehr eingetreten. Trotzdem war ein schnelleres Vorwärtskommen nicht möglich, da zuviel Gestein durch die Gebirgseinschläge zu Bruch gegangen ist. Selbst erfahrene Bergleute, die schon mancherlei Grubenunfälle miterlebt haben, können sich auf Streckeneinbrüche von solchem Ausmaße nicht entsinnen.

*

### Wieder drei Bergleute eingeschlossen.

**Auf der Zeche „Roter Stollen" im Habichtswald bei Kassel wurden drei Bergleute durch eine einstürzende Wand abgeschnitten. Die Bergungsarbeiten wurden sofort eingeleitet. Das Revieramt hoffte binnen kurzem die Hindernisse beseitigen und die abgeschlossenen Bergleute unverletzt bergen zu können.**

## Die Furcht vor dem Unbekannten.

**Wiggins über Deutschlands ungeheure finanzielle Anstrengungen.**

In dem Jahresbericht der Chase National Bank bringt Albert H. Wiggins zum Ausdruck, daß die kurzfristigen Kredite von Deutschland im großen und ganzen vernünftig verwandt worden sind. Von dieser kurzfristigen Schuld könnten ohne weiteres Teile flüssig gemacht werden, wenn die Gläubiger bereit wären, Reichsmark in Zahlung zu nehmen.

Im einzelnen sind die Ausführungen Wiggins etwa folgende: Deutschland hat sowohl kommerziell wie finanziell in den Schwierigkeiten der letzten zwei Jahre eine große Lebenskraft entwickelt, ganz besonders im vergangenen Jahre. Obwohl Deutschland nicht fähig gewesen ist, die Forderungen aller seiner Gläubiger zu erfüllen, hat es seinen Gläubigern doch annähernd fünf Milliarden Reichsmark seit dem Herbst 1930 zurückbezahlt, und es leistet laufend weitere größere Zahlungen.

In der gegenwärtigen Lage ist es unmöglich, genügend ausländische Devisen für Reichsmark zu erhalten, um die Forderungen aller Gläubiger zu bewilligen. Die Unfähigkeit, ausländische Devisen zu bekommen, ist kein Maßstab für die Zahlungsfähigkeit oder Flüssigkeit des einzelnen deutschen Schuldners. Die anderen Staaten kaufen nur soviel Reichsmark, wie sie für ihre Zahlungen in Deutschland benötigen. Der Zufluß der ausländischen Devisen ist infolge des großen Ausfuhrüberschusses Deutschlands bedeutend, aber er ist ungenügend, wenn die gleichzeitige Zahlung aller kurzfristigen Schulden verlangt wird. Der Beweis dafür, daß Deutschland dauernd große Zahlungen ausführt, ist darin zu sehen, daß von den gesamten unter das Stillhalteabkommen fallenden Schulden im Betrage von annähernd 5500 Millionen Reichsmark bereits etwa eine Milliarde 80 Millionen Reichsmark bezahlt worden sind. Die übrigbleibende Summe von 4420 Millionen Reichsmark ist geringer als der seit Herbst 1930 zurückbezahlte Betrag. Diese Zahlungen stellen eine ungeheure Anstrengung dar, die beweist, daß die kurzfristigen Kredite vernünftig verwandt worden sind und daß die innere Flüssigkeit Deutschlands größer ist, als es allgemein angenommen wird. Es ist sowohl im Interesse der Gläubiger wie in demjenigen Deutschlands, die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank zu schützen. Die zukünftige Zahlungsregelung hängt von den Transfermöglichkeiten ab und davon, daß die Reichsbankreserven erhalten werden.

Die Bankiers der Welt machen jede Anstrengung, daß das Stillhalteabkommen seinen Zweck erfüllt. Verständlicherweise kann es keine ständige Lösung der deutschen Kreditfrage darstellen. Es wurde von den Regierungen auf der Londoner Konferenz verlangt, um den Regierungen eine Atempause bis zu einer endgültigen Lösung zu geben. Die deutschen Bankiers haben Treu und Glauben und einen Geist der Zusammenarbeit gezeigt. Die Gläubigerbanken haben ihrerseits guten Willen gezeigt und haben eine großzügige Politik aufgenommen, die eine schützende Haltung gegenüber der Reichsbank darstellt. Die amerikanischen Gläubiger haben ihre Kredite in Deutschland auf Ersuchen der Regierung aufrecht-

zu Böses erfahren. Aber es ist immerhin erfreulich und ein hinreichender Anlaß zu einer freundlicheren Begutachtung dieser verworrenen Welt, wenn wir immer wieder feststellen können, daß der Winter uns bis jetzt nicht allzuviel Schlimmes angetan hat. Der Winter ist für Menschen, die von Kopf bis Fuß auf Wintersport eingestellt sind, und die teils davon leben, teils andere davon leben lassen, sicherlich etwas Schönes und Brauchbares, aber wer einen leeren Magen und eine kalte Stube hat, kann ganz gut auch ohne Schnee und Eis auskommen.

Aber wir sind ja immerhin erst in der Januarmitte, und es kann schon noch ganz arg kommen, wie das auch in früheren Jahren, wo der Winter erst im Februar richtig angefangen hat, der Fall gewesen ist. Wir wollen das alles aber nicht hoffen, und uns vorläufig mit dem zufriedengeben, was wir haben. Wie ungemein mild und lind der Winter bisher gewesen ist, ergibt sich eigentlich schon aus dem Hochwasser, das in den letzten Tagen über große Gebiete unseres Landes hereingebrochen ist. Es kam plötzlich ein Tauwetter, das in dieser Jahreszeit als etwas ganz Merkwürdiges bezeichnet werden muß. Tauwetter wird es ja auch in strengen Wintern von Zeit zu Zeit geben, aber ein Tauwetter von solchen Ausmaßen, wie wir es in diesen Januartagen hatten, ist schon etwas Seltenes, und die größte Schneeschmelze, zu der sich bald starke Regengüsse gesellten, und die gewaltige Hochwasserwellen geradezu lawinenartig von den Bergen zu Tal gehen ließ, hätte ganz gut in einen Frühlingsanfang hineingepaßt. Eine warme, vom Mittelmeer vorstoßende Luftströmung — „der Tauwind kam vom Mittagsmeer", singt schon der Dichter, hat ungeheure Schneemengen und eine Unmenge gefrorenen Wassers in kürzester Zeit in Bewegung gesetzt. Die hiervon betroffenen Gegenden hatten nichts zu lachen, und das war die Kehrseite des außerordentlich milden Winters. Jetzt scheint sich alles wieder beruhigt zu haben, und die Hochwasser haben sich ebenso schnell wie sie gekommen sind wieder verlaufen. Geblieben ist die verhältnismäßig milde Temperatur, denn wenn es inzwischen auch kälter geworden ist, sehr kalt ist es darum noch lange nicht, und so leben wir denn weiter in der Hoffnung, daß der Winter es im Interesse der Ärmsten der Armen, die kein Dach über dem Kopfe haben und sich auch die verbilligten Kohlen nicht kaufen können, auch weiterhin gnädig machen werde. Allerdings muß gesagt werden, daß auch ein richtiger dichter Winterschnee seinen nicht zu unterschätzenden Nutzen hat, daß er dem Boden als Schutzdecke dient. Aber so ist es schon: auch die Jahreszeiten können es nicht allen zugleich recht machen.

---

□ **Die Steuererklärungen für 1931.** Der Reichsfinanzminister hat als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für die 1931 endenden Steuerabschnitte die Zeit vom 15. bis 29. Februar 1932 bestimmt.

---

—* **Bausparkassen-Subventionen?** Durch einen Teil der Presse geht eine Mitteilung, wonach sich die Gemeinschaft der Freunde an das preußische Wohlfahrtsministerium mit der Bitte um Subventionierung gewandt habe. Die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde stellt fest: Die Gemeinschaft der Freunde hat sich weder mit dieser noch mit einer ähnlichen Bitte an das preußische Wohlfahrtsministerium oder ein anderes Ministerium gewandt, noch besteht für sie ein Anlaß, einen derartigen oder ähnlichen Schritt zu unternehmen. Das Gerücht ist vielmehr auf das bekannte, durch die Presse längst mitgeteilte Abkommen zurückzuführen, welches das Wohlfahrtsministerium mit den öffentlichen Bausparkassen und mit der Gemeinschaft der Freunde getroffen hat, wonach die preußische Regierung für diejenigen Bausparer, die ihr Bauvorhaben auf preußischem Gebiet zur Durchführung bringen, unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuß zur Zinsverbilligung auf dem freien Geldmarkt aufgenommener Gelder bewilligt. Weder für die Gemeinschaft der Freunde, noch für die öffentlichen Bausparkassen trägt die Verfügung des preußischen Wohlfahrtsministeriums den Charakter einer Subventionierung. Der preußische Staat dient mit dieser Aktion lediglich der in seinem Aufgabenkreis liegenden Förderung der Bauwirtschaft.

—* **Betr. Fernsprechbuch für den Südwestfälischen Handelskammerbezirk Hagen.** Wir verweisen auf den im Mai v. J. veröffentlichten Artikel, in dem wir mitteilten, daß es den Bemühungen der Handelskammer gelungen ist, die Herausgabe eines Fernsprechverzeichnisses für den ganzen südwestfälischen Bezirk (also einschl. Hagen, Schwelm Wetter u. a.) zu ermöglichen. Die Deutsche Reichspostreklame G. m. b. H., Bezirksdirektion Dortmund, hat mit der Bearbeitung des hiesigen Bezirks begonnen. Um Irrtümern vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, daß die betr. Herren mit Lichtbildausweis versehen sind.

—* **Verkäufliche Wagenkasten bei der Reichsbahn?** Zu den Gerüchten über den Verkauf von Reichsbahnwagen zu Siedlungszwecken teilt uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal folgendes mit: Die Mitteilungen treffen sowohl bezüglich der Anzahl der vorhandenen Altwagen als auch des Verkaufspreises und ihrer Beförderung nach dem Bestimmungsort nicht zu. Die Reichsbahn gibt die Wagenkasten, die sie als alt ausmustert, zu einem Verkaufspreise von etwa 250 RM ab und zwar frei Standort. Es sind also die Beförderungskosten nach dem Bestimmungsort zu entrichten. Eine geringe Herabsetzung der Verkaufspreise kann dann eintreten, wenn die Käufer ihre Bedürftigkeit nachgewiesen haben. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Wuppertal sind nur einzelne alte Wagenkasten für den Verkauf vorhanden. Im gesamten Bereich der Deutschen Reichsbahn kommen jährlich auch nur etwa 1000 Personenwagen und 3000 Güterwagen zur Ausmusterung. Eine größere Anzahl dieser Wagen braucht die Reichsbahn selbst als Unterbringungsräume für ihr an der Bahnstrecke arbeitendes Personal und zu Aufbewahrungszwecken. Soweit an das Publikum noch nutzbare Wagen käuflich abgegeben werden, muß darauf Rücksicht genommen werden, daß die Wagenkästen verbraucht sind und sich kaum noch für Wohnräume, sondern nur für Ställe eignen.

—* **Die Landesbank der Provinz Westfalen in Münster** konnte in diesen Tagen auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde Anfang Januar 1832 als Westfälische Provinzialhilfskasse, die 1890 in die Landesbank überging, gegründet. Die westfälische Landesbank ist die älteste Landesbank in Preußen.

—* **Die Arbeiterrückfahrkarten — Verlängerung der Gültigkeit.** Die bisher längstens sieben Tage betragende Gültigkeit der Arbeiterrückfahrkarten ist jetzt mit Wirkung ab 4. Januar auf längstens zehn Tage verlängert worden. Dadurch soll die Benutzung der Karten auch dann ermöglicht werden, wenn Arbeitnehmer z. B. wegen Arbeitsmangels eine volle Woche beurlaubt sind. Die Arbeiterrückfahrkarten gelten nach wie vor zur Fahrt nach dem Wohnort der Angehörigen am Tag vor Sonn- und Festtagen oder an diesen Tagen selbst, zur Rückfahrt an Sonn- und Festtagen oder am darauffolgenden Tag. Die Karten können nunmehr am Samstag für die Fahrt nach dem Wohnungsort gelöst und am Montag der übernächsten Woche zur Rückfahrt benutzt werden.

## Halver

—0 **Gestohlen.** Am vergangenen Sonntag wurden in einer Gastwirtschaft im Amtsbezirk Halver anwesenden Gästen ein Mantel und ein Hut entwendet.

—0 Ende Dezember 1931 wurde einem Landwirt aus der Umgebung von Halver ein Herrenfahrrad entwendet. Außerdem wurde einem bei diesem Landwirt beschäftigten Landwirtsgehilfen ein kleinerer Geldbetrag gestohlen. Die polizeilichen Ermittlungen führten zur Ergreifung des Täters. Das gestohlene Fahrrad konnte durch die Polizei in einer benachbarten Gemeinde ermittelt und dem Eigentümer zurückgegeben werden.

—== **Zusammenstoß mit Personenzug.** Am 11. Januar nachmittags stieß auf der Strecke Anschlag—Halver eine Motordraisine mit dem Personenzug 1082 Brügge—Wuppertal leicht zusammen. Die beiden Insassen der Draisine, zwei Eisenbahnbedienstete, waren rechtzeitig abgesprungen und kamen ohne Schaden davon. Die Draisine wurde leicht beschädigt. Der Personenzug erlitt eine geringe Verspätung.

—x Die Generalversammlung der **Nachbarschaft Sterbekasse des Schulbezirks Heesfeld** wurde am Sonntag nachmittag 5½ Uhr eröffnet und erfreute sich eines äußerst guten Besuches. Als erstes wurde der Bericht der Kassenprüfer entgegengenommen. Die Kassenverhältnisse sind für die heutige Zeit als gut anzusehen und wurde so der Beschluß gefaßt, Beiträge und Leistungen wie bisher beizubehalten. Dem Kassenverwalter wurde für seine tadellose Kassenführung gedankt und Entlastung erteilt. Die gesamte Mitgliederzahl beträgt 957. Man kam einstimmig zu dem Entschluß, in Anbetracht der heutigen Verhältnisse, bis auf weiteres jährlich nur eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Dem Vorstande wurde aus der Versammlung die Ermächtigung erteilt, den halbjährlichen Kassenbericht entgegenzunehmen und dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Gegen 7½ Uhr konnte der Versammlungsleiter die Versammlung, die in allen Punkten zu regen Debatten führte, schließen, nachdem er allen für ihre Teilnahme und Mithilfe gedankt hatte.

## Dahlerbrück

—„ Die auf 20 Uhr am Samstag, dem 9. Jan. festgesetzte Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Rafflenbeul des **Turn- und Spielverein Stöcken-Dahlerbrück e. V. 1885** hatte einen überaus großen Besuch zu verzeichnen. Der 1. Vorsitzende Ph. Herminghaus eröffnete die Versammlung und begrüßte die zahlreichen Turnschwestern und -brüder. Schriftführer Otto Kumpmann verlas das Protokoll der letzten Versammlung, welches von der Versammlung genehmigt wurde. Es folgte die Lesung des Jahresberichts. Der Verein darf mit Freude und Stolz trotz der Notzeit auf das Jahr 1931 zurückblicken. Viele beachtenswerte Erfolge sind ihm im verflossenen Jahr beschieden worden. So konnte der Sportplatz auf Reeswinkel durch unermüdliche Arbeiten der Turnbrüder aus eigenen Mitteln fertiggestellt und das Bezirksfest mustergültig gefeiert werden. Die Fachwarte gaben Bericht über ihre Tätigkeit und Entwicklung. Die im vergangenen Jahr ins Leben gerufene Schülerabteilung hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Leitung liegt in guten Händen und es wäre erfreulich, wenn noch mehr Eltern ihre Jungens Samstagnachmittags in die sogenannte Schülerturnstunde schicken würden. Die Damenabteilung hat eine vorbildliche Führung und macht gute Fortschritte. Der 1. Kassierer W. Schütz gab ausführlichen Kassenbericht. Dem Kassierer wurde für seine pflichttreue und gute Arbeit gedankt und Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Turnratsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. — Für den ausscheidenden Zeugwart vom Hofe wurde Willi Dienstuhl neu gewählt. — Am 30. Januar d. J. soll im Lokale Thienemann, Im Dahle, eine geschlossene Feier anstelle eines Stiftungsfestes veranstaltet werden, um der Zeit Rechnung zu tragen. Sofern Fremde für diese Feier interessiert sind, sollen diese eine mäßige Eintrittsgebühr bezahlen. Der erst kürzlich ins Leben gerufene gemischte Chor wird auf dieser Feier sein Können unter Beweis stellen. Für die einzelnen turnerischen Veranstaltungen, die in den nächsten Wochen im Bezirk stattfinden, wurden Abgeordnete bestimmt, die den Verein zu vertreten haben. Für das 1933 in Stuttgart stattfindende deutsche Turnfest hat der Verein eine Reisekasse eingerichtet, um es vielen Turnschwestern und -brüdern zu ermöglichen, an diesem bedeutungsvollen Fest teilnehmen zu können. Herminghaus dankte zum Schluß allen Turnschwestern und Turnbrüdern für ihre Treue zum Verein und zur deutschen Turnsache und mahnte auch im neuen Jahr zur unerschütterlichen Treue. Er schloß gegen 12 Uhr die Versammlung. Anschließend war man noch gemütlich beisammen.

## Kierspe

:—: **Bollwerk.** Der **Unterstützungsverein Nachbarschaft Bollwerk** brachte in seiner am Sonntag, den 10. d. M. im Gertrudenhof zu Bollwerk stattgefundenen Versammlung zum Ausdruck, daß das Jahr 1931 dem Verein ein ausgezeichnetes Ergebnis gebracht hat, der Verein zählt augenblicklich 182 Mitglieder und hat im Jahre 1931 4 Mitglieder durch Sterbefall verloren, zu deren Ehren sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Diese geringe Sterblichkeit ermöglichte es, daß ein ganz ansehnlicher Betrag den Rücklagen zugeführt werden konnte. Die Kasse war geprüft und in Ordnung gefunden, sodaß auf Antrag, dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Am Anfang des Jahres 1930 zählte der Verein 174 Mitglieder, sodaß eine Zunahme von 8 Personen zu verzeichnen ist, dabei ist zu beachten, daß 6 Mitglieder aus dem Unterstützungsverein freiwillig ausgetreten sind. Die notwendigen Vorstandswahlen zeitigten die einstimmige Wiederwahl des 1. Vors. Herrn R. Engstfeld und des 1. Schriftführers Herrn Wilh. Kuhbier, ebenso erfolgte die Wiederwahl der beiden Rechnungsprüfer. Zu Punkt Verschiedenes wurde zu einer Senkung der Beiträge gesprochen, die Versammlung war aber einmütig der Meinung, daß dafür zunächst eine Senkung der zu erstatteten Kosten abgewartet werden müßte, es sollen die dazu erforderlichen Schritte unternommen werden. In der nächsten Versammlung, die im Juli d. J. stattfindet, wird ein entsprechender Antrag auf Satzungs- und Beitragsänderung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es erfolgte noch Zahlung der Beiträge, nach Erledigung derselben wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

## Kierspe-Bhf.

—b **Ueberfall.** In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde der Geflügelzüchter H. S. aus Rehsiepen bei Meinerzhagen oberhalb Neuenbrücke auf der Provinzialstraße heimtückisch überfallen. Als derselbe ahnungslos in später Abendstunde auf dem Heimweg war, sprang ihm plötzlich aus dem Gebüsch ein Mann entgegen, der ihn mit einem harten Gegenstand zu Boden schlug. Nicht genug damit, machte sich der Täter noch über den zu Boden geschlagenen S. her und mißhandelte und verletzte ihn nicht unerheblich, und zwar dergestalt, daß er den Arzt in Anspruch nehmen mußte. Nach Aussagen des Ueberfallenen hat er den Täter erkannt, wodurch die inzwischen angestellten polizeilichen Ermittlungen sehr erleichtert sind.

—b Der **Wehrverein Kierspe-Bhf.** veranstaltet am kommenden Samstag, den 16. d. M. seinen alljährlichen gemütlichen Abend im Vereinslokal Rudolf Cramer. Um für einige Stunden die Sorgen des Alltags zu vergessen, hat der Verein verschiedene theatralische und humoristische Militärschwänke eingeübt, die beim Publikum bestimmt Anklang finden werden. Zu dieser Veranstaltung sind auch Nichtmitglieder herzlich willkommen und verweisen auf das noch erscheinende Inserat.

—b Am Montag abend fand im Zeichensaale der hiesigen Pestalozzischule eine überaus gut besuchte Versammlung der Zeichner für die Errichtung des Kirchbaues in Kierspe-Bhf. statt, um zu dem Beschluß der Kirchenvertretung vom 16. 12. 31 Stellung zu nehmen. Nach diesem Beschluß sollten die in Kierspe-Bhf. bereits eingezahlten Gelder in Höhe von 6000 RM in den bei der Kirchenkasse angelegten Kirchbaufond eingezahlt werden. Man beschloß, die eingezahlten Gelder zur freien eigenen Verfügung zu halten und unter keinen Umständen nach Kierspe abzuführen. Die weiteren Beschlüsse sollen von dem Ergebnis der nächsten Kirchenvertretersitzung abhängig gemacht werden.

### Amtseinführung des Bürgermeisters Weiland.

**Lüdenscheid.** Freitag wurde der neue Bürgermeister des Amtes Lüdenscheid, Karl Weiland, in sein Amt durch Landrat Graubner, Altena, eingeführt. Dieser dankte zunächst dem ausgeschiedenen Bürgermeister Krumm für seine Tätigkeit; er sei ein Mann von außergewöhnlichen Fähigkeiten gewesen, und die vielen Erfolge, die er während seiner Amtsführung gehabt hätte, seien ein Beweis für die Klugheit und Gewissenhaftigkeit, mit der er sein Amt verwaltet habe. Für die Zukunft des Amtes Lüdenscheid aber hege er, der Landrat, die besten Aussichten, denn das innige Verhältnis, in dem der neue Bürgermeister Weiland zu den Vertretern des Amtes und der Gemeinden stehe, berechtige zu den besten Hoffnungen. An die Vertretungen ergehe die Bitte, der einmütigen Wahl auch die Einmütigkeit in der praktischen Lösung aller Schwierigkeiten folgen zu lassen. Wille und Fähigkeiten des neuen Bürgermeisters seien in der Lage, die Dinge zu meistern.

Mit großer Bewegung dankte Bürgermeister Weiland und erwähnte die Aufgaben, die der Lösung harren. Er legte das Versprechen ab, daß er sein Amt in schaffensfreudiger und gemeinsamer Arbeit mit den Vertretungen und der Beamtenschaft verwalten werde. Dem scheidenden Bürgermeister Krumm dankte der neue Bürgermeister, indem er sein fruchtbringendes Schaffen während der Amtszeit näher beleuchtete.

Im Anschluß an die offizielle Einführung fand eine schlichte Nachfeier statt, in der Gemeindevorsteher Eichhoff-Brügge, die Grüße und Wünsche der Landgemeinde Lüdenscheid überbrachte. Ihm schloß sich Gemeindevorsteher Dannenberg für die Gemeinde Hülscheid an. Sparkassendirektor Hageböck gedachte der hochbetagten Mutter des Bürgermeisters, der man die Grüße mit besten Wünschen für die Zukunft ihres Sohnes telegraphisch übermittelte.

Nachdem Bürgermeister Weiland seinen Dank Ausdruck gegeben, stellte zum Schluß Landrat Graubner den Reichspräsidenten allen als das Vorbild in heutiger Zeit hin, und das ihm huldigende „Hoch" beendete die Feier.

**Lüdenscheid.** Konferenz der Geistlichen und Presbyter der Kreissynode Lüdenscheid. Im Evangel. Vereinshause fand unter Vorsitz des Synodalassessors Pfarrers Schmalenbach, Schalksmühle, eine Konferenz der Geistlichen und Presbyter der Kreissynode Lüdenscheid statt. Der allseits beliebte Superintendent des Kirchenkreises, Pfarrer Turck, Lüdenscheid, ist seit August erkrankt. Die Verhandlungen der Konferenz bezogen sich in der Hauptsache auf den im Druck vorliegenden Entwurf einer neuen Agende für die evangelische Kirche der altpreußischen Union nach einem tiefschürfenden Vortrag des Konsistorialrats D. Hymmen, Münster. Dieser würdigte eingehend die Vorgeschichte des neuen Kirchenbuchs, charakterisierte treffend die königlich-preußische Agende Friedrich Wilhelms III. von 1817—1820, ferner die heute im Gebrauch befindliche Agende von 1895 und zeigte dann die Vorzüge des neuen Entwurfs, indem er besonders die Form des Vormittagsgottesdienstes an Sonn- und Festtagen eingehend besprach. Auch mit der Gottlosenbewegung unserer Tage beschäftigte sich die Versammlung auf Grund eines Referates des Pfarrers Geffken, Brügge.

**Lüdenscheid.** 35000 erreicht! Nach einer Mitteilung des Standesamtes betrug die Einwohnerzahl der Stadt Lüdenscheid am 1. Januar 1931 = 34915, am 1. 1. 1932 = 35070, so daß eine geringe Zunahme zu verzeichnen ist. 1931 wurden ferner 289 Ehen geschlossen (1930: 328), 3 Ehen hiesiger Bürger wurden auf Grund der Ermächtigung des hiesigen Standesamtes vor auswärtigen Standesbeamten eingegangen. An Ehescheidungen wurden 34 Fälle vermerkt. Lebend geboren wurden 531 (629) Kinder, darunter 144 (155) von ortsfremden Müttern. Die Zahl der unehelich Geborenen beträgt 26 (26), darunter 4 Ortsfremde. Gestorben sind 375 (399) Personen, darunter 79 Ortsfremde. Totgeboren wurden 16 Kinder, darunter 4 von ortsfremden Müttern. Die Todesursachen sind im allgemeinen normal geblieben. An Tuberkulose starben 31 (26) Personen, an Krebs 39 (60). Selbstmorde sind 9 (7) zu verzeichnen.

**Bochum. Zweiter Nientimp-Prozeß.** Ende Juli vorigen Jahres fand vor dem Erweiterten Schöffengericht in Dortmund der Schmiergelderprozeß Nientimp und Genossen statt. Er endete mit der Verurteilung der beiden Hauptangeklagten Nientimp und Hundertmark zu je 1000 RM Geldstrafe, während der Direktor der Mühlenwerke Horreyck (Dortmund), und der Margarinefabrikant Lindemann aus Doberg, Freisprechung erzielten. Sowohl der Staatsanwalt, als auch die Angeklagten Nientimp und Hundertmark haben Berufung eingelegt. Jetzt soll der Prozeß um die Nebengeschäfte aus der Politik und aus der Inflationszeit, die der Syndikus der westfälischen Bäckergenossenschaft und deren Prokurist gemeinsam nebenher betrieben haben, am 14. Januar erneut juristische Beleuchtung vor der Strafkammer am Landgericht Dortmund erfahren. Für die Verhandlung sind wiederum zwei bis drei Tage vorgesehen. Es sind etwa 20 Zeugen geladen. — Der Verband zur Bekämpfung des Bestechungsunwesens tritt wiederum als Nebenkläger auf. Den Vorsitz in der Berufungsverhandlung wird Landgerichtsdirektor Claaßen führen. Der Angeklagte Nientimp hat bisher seinen Verteidiger noch nicht benannt. Die übrigen Angeklagten werden durch die Rechtsanwälte Hachenberg, Hoffmann

und Däumig vertreten. Der Vertreter der Anklage ist noch nicht benannt.

**Münster.** Das neue Studentenhaus am Aasee wurde am Sonntag mittag seiner Bestimmung übergeben. Das schon vor dem Kriege vom Reichslandbund errichtete Haus, das später als Büro und Lager der Telegraphenverwaltung verwendet wurde, wurde durch den Architekten Suhnel-Mülheim, umgebaut. Es enthält neben den Büroräumen der Studentenhilfe einen großen Speisesaal mit 420 Sitzplätzen, einen Lesesaal und eine geräumige Terrasse. In der Eingangshalle ist eine Gedächtnisstätte für die im Kriege gefallenen Studenten geschaffen. Auf einem Marmorblock ruht in einem Lorbeerkranz ein Stahlhelm. Architekt Suhnel übergab das Heim Prof. Stühmer als dem Vorsitzenden der Studentenhilfe. Unter zahlreichen Reden und musikalischer Begleitung einer Reichswehrkapelle ging die Einweihung vor sich.

**Gladbeck.** Tragisches Schicksal eines Vaters. Zwei Söhne an einem Tag verloren. Auf der Strecke zwischen Bottrop-Eigen und Gladbach-Luftschacht ereignete sich gestern mittag ein schweres Unglück. Die beiden Söhne von 11 und 12 Jahren des Maschinisten Reich von den Möllerschächten wollten ihrem Vater das Essen bringen. Sie bestiegen unterwegs einen Trecker. In der Nähe des Luftschachtes versuchten sie abzuspringen. Der eine wurde dabei so unglücklich erfaßt, daß ihm verschiedene Glieder buchstäblich zermalmt wurden, während der andere von dem Trecker zu Tode gequetscht wurde. Der lebensgefährlich Verletzte wurde in das Hospital übergeführt, wo er gegen Abend verstarb.

**Dieringhausen. Das mysteriöse Verschwinden des Nachtwächters.** Noch immer vermißt. Vergebliche Suche. Die Anstrengungen der Feuerwehr Neudieringhausen und zahlreicher sonstiger Helfer, die Leiche des wahrscheinlich in der Agger ertränkten Nachtwächters Peters zu finden, sind auch am Samstag, Sonntag und heute vergeblich gewesen, trotzdem die Agger zwischen Vollmerhausen und Osberghausen vollständig abgelassen wurde. Man befürchtet nun, daß die Leiche von der Strömung auch über die Wehre der Stauweiher in Wiehlmünden, Ohlgrünscheid usw. weggerissen worden ist, da diese infolge der Hochflut am Freitagmorgen sämtlich geöffnet waren.

**Bergisch-Gladbach.** 5 Stück Vieh durch elektrischen Strom getötet. In Kalmünten bei Bergisch-Gladbach ereilte den Landwirt Selbach ein schwerer Schicksalsschlag. Durch elektrischen Erdschluß wurden zwei tragende Kühe, zwei tragende Rinder und ein Bulle, das Kernstück seines gesamten Viehbestandes getötet. Das Vieh war nicht versichert. Nach Angabe des Geschädigten war anscheinend die im Jahre 1926 angelegte Lichtleitung nicht genügend gesichert.

## Nah und Fern

**Herford.** Tödliche Verbrühung eines Kindes. In einem unbewachten Augenblick fiel das noch nicht schulpflichtige Kind eines Einwohners von Falkendiek bei Herford rücklings in einen Kessel mit kochendem Wasser. Es erlitt so schwere Brandwunden, daß es nach kurzer Zeit starb.

**Kassel.** Vier Bergleute verschüttet und geborgen. Auf der Zechenanlage „Roter Stollen" in Habichtswalde ging 65 Meter unter Tage hinter einer Arbeitsstelle eine Strecke zu Bruch. Vier Bergleute wurden von der Außenwelt abgeschnitten. Die Bergungsarbeiten wurden sofort begonnen und es gelang, wie von der Zechenverwaltung mitgeteilt wird, nach mehrstündigen Bemühungen den Rettungsmannschaften, zu den Verschütteten vorzudringen, sich zunächst durch Klopfzeichen mit ihnen zu verständigen und dann sämtliche verschütteten Bergleute unverletzt zu bergen.

○ **Der Mutter die Kehle durchschnitten.** In Borstel im Kreise Winsen, hat die bei ihrer Mutter wohnende Frau Mathies der Mutter mit einem Messer die Kehle durchschnitten. Frau Mathies lebte von ihrem Manne getrennt und wohnte seit zwei Jahren mit ihren beiden Kindern im Hause der Mutter. Sie will die Tat im Jähzorn begangen haben.

⊙ **Bauernschlacht wegen eines Mädchens.** Belgrader Blätter berichten aus Bosnisch-Brod von einer Bauernschlacht, die in einem Dorfe geschlagen wurde. Zwei Burschen waren dort wegen eines Mädchens in Streit geraten. Da keiner von beiden zurücktreten wollte, versicherte sich jeder der Mithilfe einer großen Zahl von Bauernsöhnen. Als es zur Austragung des Kampfes kam, waren über 100 Burschen mit Messern und Prügeln erschienen. Nach kurzer Zeit lagen 22 mehr oder minder schwer verletzte Bauern auf dem Schlachtfelde. Das Mädchen, um das der Kampf geführt wurde, hatte mit großer Spannung dem Ausgange des Treffens zugesehen.

⊙ **Leningrad, die siebentgrößte Stadt der Welt.** Nach einem Bericht aus Leningrad hat der Leningrader Stadtsowjet am 1. Januar eine allgemeine Volkszählung vorgenommen, die das Ergebnis hatte, daß die ehemalige Zarenstadt 2 733 000 Einwohner zählt. Damit ist Leningrad nach der Bevölkerungszahl die siebentgrößte Stadt der Welt geworden.

## Der Vater des Mausergewehres.

**Zur 50. Wiederkehr von Wilhelm Mausers Todestag.**

Am 13. Januar 1882 starb Wilhelm Mauser, der mit seinem Bruder Paul das „Infanteriegewehr M. 71" erfunden hatte. Infanteriegewehr M. 71 hieß das Gewehr im deutschen Heere, wo es eingeführt war, das Volk aber nannte es einfach „Mausergewehr", und unter diesem Namen ist es in der ganzen Welt bekannt geworden. Wilhelm und Paul Mauser, die aus Oberndorf am Neckar stammten, waren von Beruf Schlosser und wurden dann Gewehrtechniker. Sie arbeiteten in der Oberndorfer Gewehrfabrik und bastelten, da sie „anstellige" Leute waren, so lange an den damaligen Handfeuerwaffen herum, bis sie eine neue brauchbare Gewehrkonstruktion herausbekommen hatten, das war in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Nach dem Kriege von 1870/71 wurde ihre inzwischen mehrfach verbesserte Gewehrkonstruktion für das deutsche Heer erworben. Sie selbst erwarben bald darauf die Oberndorfer Gewehrfabrik und richteten sie zur Anfertigung des M. 71 ein. Ihr Verdienst um die Bewaffnung der deutschen Infanterie wurde durch eine Reichsdotation anerkannt. 1879 folgte dem Mausergewehr ein Mauserrevolver und bald gab es in der halben Welt Mauserwaffen: die Türkei, Serbien, Belgien, Argentinien, Spanien, Brasilien, Mexiko, Chile, Schweden usw. — alles war mit Mausergewehren und Mauserpistolen von verschiedenstem Kaliber ausgerüstet. Paul Mauser, der jüngere der beiden Brüder, war nach dem Tode Wilhelms ein paar Jahre lang Reichstagsabgeordneter.

## Fischdampfer bei Cherbourg gesunken.

**Drei Mann ertrunken.**

Auf der Höhe von Cherbourg ist am Montag ein Fischdampfer mit drei Mann Besatzung im Sturm gesunken. Ausgesandte Hilfsschiffe fanden nur Wrackteile des Dampfers.

# Schlußdienst.

**Eine Klarstellung zum Kanzlerinterview.**

**Berlin.** Von zuständiger Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Interview des Reichskanzlers über die Tribute nicht um eine Aufkündigung der Verträge im Sinne der Zerreißung des Young-Plans handelt, sondern um eine Äußerung (wie sie ja auch der französische Ministerpräsident Laval gemacht hat), welche Stellung die deutsche Reichsregierung auf der Lausanner Tagung zu der Frage der Tribute einzunehmen gedenke.

**Die Freilassung Klaus Heims abgelehnt.**

**Berlin.** Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages lehnte nach längerer Aussprache den kommunistischen Antrag auf Freilassung des Bauernführers Klaus Hein gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen ab.

**Japanischer Panzerzug zum Entgleisen gebracht.**

**Moskau.** Nach einer russischen Meldung aus Tokio wurde bei Hsinmintun ein japanischer Panzerzug zum Entgleisen gebracht. Chinesische Banditen hatten vorher die Gleise gesprengt. Es sollen etwa 31 japanische Offiziere und Mannschaften getötet worden sein. Der Panzerzug befand sich auf der Fahrt zu japanischen Truppen, die im Kampfe gegen chinesische Banditen standen.

**Seine beiden Kinder und sich selbst erschossen.**

**Eutin.** In dem Dorf Gömnitz im Landesteil Lübeck hat ein Landarbeiter seine beiden Kinder und sich selbst erschossen. Er beging die Tat offenbar aus Verzweiflung über den kürzlich erfolgten Tod seiner Frau. Die Kinder waren acht Wochen und eineinhalb Jahre alt.

**Nicht Mord, sondern Selbstmord.**

**Hamburg.** Die Untersuchung der Bluttat in Borstel im Kreise Winsen, wo die bei ihrer Mutter wohnende Frau Mathies ihre Mutter ermordet haben sollte, hat jetzt einwandfrei ergeben, daß kein Mord vorliegt. Die Mutter hat vielmehr im Laufe der Auseinandersetzungen mit der Tochter in ihrer Erregung zum Messer gegriffen und sich selbst die Kehle durchschnitten. Die unter dem Verdacht des Muttermordes verhaftete Tochter ist wieder freigelassen worden.

**Wittelsbacher Kronschatz in London unverkäuflich.**

**London.** Der blaue Diamant und die Brillantentiara des Wittelsbacher Kronschatzes sind unverkauft wieder an das bayerische Königshaus zurückgegangen.

**Verhandlungen über eine mittelamerikanische Republik.**

**Newyork.** In Guatemala-Stadt haben Verhandlungen zwischen den Vertretern von Guatemala, Nikaragua, Honduras, Kostarika und Salvador begonnen, die die Schaffung einer mittelamerikanischen Republik auf der Grundlage der gemeinsamen Rasse, Geschichte und Religion zum Ziele haben.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

## Amts- und Gemeinde-Vertretung Halver.

Der Amts- und Gemeindevertreter Gustav Adolf Enneper aus Engstfeld ist durch Tod aus den Vertretungen ausgeschieden. Der unterzeichnete Bürgermeister und der mitunterzeichnete Gemeinde-Vorstand werden die Feststellung des Ersatzmannes nach der Reihenfolge zwei Wochen nach dieser Bekanntmachung treffen, sofern nicht die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner der Wahlvorschläge durch schriftliche Eingaben bestimmen, daß andere Bewerber der Wahlvorschläge in die genannnten Vertretungen eintreten sollen.

**Halver,** den 12. Januar 1932.

**Der Bürgermeister.** **Der Gemeinde-Vorstand.**

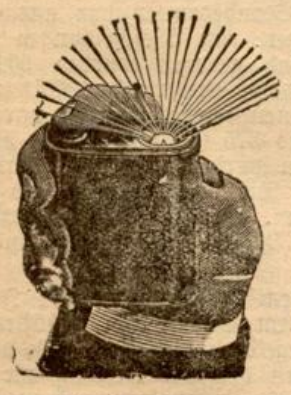
## Mieteinigungsamt.

Auf Grund des Beschlusses der Amtsvertretung Halver vom 2. November 1931 wird unter Zustimmung des Herrn Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt **das Mieteinigungsamt Halver aufgehoben.** Die für das Mieteinigungsamt zuständigen Geschäfte werden hinfort vom Amtsgericht Lüdenscheid wahrgenommen.

**Halver,** den 12. Januar 1932.

**Der Bürgermeister.**


**Taschenlampen**



**-Batterien und -Birnen**

stets zu haben bei:

*Wilh. Bell jr. : Halver.*



*Herren- Burschen- u. Knaben-Anzüge*



in allen Größen zu alleräußersten Preisen empfiehlt:

**Hugo Nieding, Halver Berlinerstr. 56.**


**M.-G.-V. Liedertafel.**

**Heute (Mittwoch)**

**Chorstunde.**

Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

**Der Vorstand.**

**Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.**

**Sonntag, den 17. Januar, auf dem Gemeindesportplatz**

**Handball-Meisterschaftsspiel**

**V. T. S. V. Halver 1. M. TV. Brügge 1. M.**

Anwurf 13.30 Uhr.

**Der Spielwart.**


**Mittwoch u. Donnerstag** im Hauptgeschäft Kronprinzenstraße

**Schellfisch**

lebendfrisch und ohne Kopf

**Konsumverein Halver.**



**Für Magen- u. Zuckerkranke**

nur

**Grahambrot**

bei

**Otto Meisterjahn,**

**Kierspe,** Tel. 218



**Farbkästen mit Wasserfarben**

**Malbücher**

empfiehlt:

**Wilh. Bell jr., Halver**



Wilhelm Bell jr.

Halver in Westfalen

Kirchstraße 5 / Fernsprecher 442

Buch- und Akzidenzdruckerei



Zeitungsverlag

Herstellung und Lieferung sämtlicher Drucksachen in Schwarz- und Buntdruck. Spez.: Kataloge u. Preislisten



**Ingenieurschule** Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechn., Landw. Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik

**Werkmeisterschule**

**Technikum Lage** Lippe



**Bauschule** Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau

**Tonindustrie** Ziegeleiingenieure Techniker, Ziegelmeist.

Lehrpläne frei


**Bericht der Viehverkaufshalle A. G. Lehrte**

vom Verkaufstage 12. Januar 1932.

Auftrieb: 2223 Stück Ferkel und 175 Stück Läuferschweine.

Es kosteten im Großhandel:

**Ferkel** (Durchschnittsqualität):

| | |
|---|---|
| 4— 6 Wochen alt | bis Mark 7.— |
| 6— 8 Wochen alt | Mark 8.— bis 10.— |
| 8—12 Wochen alt | Mark 11.— bis 15.— |

**Läuferschweine:**

| | |
|---|---|
| 3—4 Monate alt | Mark 16.— bis 21.— |
| 4—6 Monate alt | bis Mark 40.— |

Marktverlauf: Langsam.

## Westdeutscher Rundfunk.

**Donnerstag, den 14. Januar.**

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10,00 Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10,15—11,15 **Mensch und Welt.** Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose.
11,20—12,00 Schulfunk für Schüler aller Schulen vom 12. bis 16. Lebensjahr. Von der Braunkohle in die 220 000-Volt-Leitung. (Ein Besuch in Europas größtem Kraftwerk), Leitung: Studienrat Brüls.
12,00—12,50 Schallplattenkonzert.
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Pensis; Solist: Fritz Hölzer (Tenor), Begleitung: Grape.
14,30 Funkverbung mit Schallplatten.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,10 Kinderstunde. Els Vordemberge: Lustiges Allerlei.
16,10—16,20 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16,20—17,00 Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft. Grundformen und -techniken des Arbeitsunterrichts. Von den verschiedenen Unterrichtsformen. Leitung: Bünger.
17,00—18,00 Vesperkonzert. Dorothea Braus (Klavier), Hans Kämmel (Bariton), Begleitung: Egbert Grape.
18,00—18,20 Frauenstunde. Studienrätin Käthe Kley: Mutter und Tochter (1).
18,20—18,40 Die Welt im Buch. Walter Bölsche: Neue deutsche Novellen und Erzählungen. Arthur Schnitzler: „Flucht in die Finsternis". — Wilh. Schäfer: „Das Haus mit den drei Türen". — Rudolf Alexander Schröder: „Der Wanderer und die Heimat". — Hans Friedrich Blunck: „Sprung über die Schwelle".
18,40—19,00 Italienisch. Universitätsprofessor Dr. Heinermann.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Vom Tage.
19,30—19,55 Jugend in Deutschland. Pater Esch: Die katholische Jugend und ihre Organisation (2).
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00—21,00 Abendmusik. Leitung: Wolf.
21,00 **Der Pomeranzendieb.** Heiteres Hörspiel nach Mörikes Novelle „Mozart auf der Reise nach Prag", von Fritz Gerathewohl. Spielleitung: Haslinde. Mitwirkende: Mitglieder des Theaters der Stadt Münster. Kammer-Orchester, Leitung: Wolf.
22,00 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend (etwa 22,40—23,10): Uebertragung aus der Westfalenhalle, Dortmund: **Beim Dortmunder Sechstagerennen.** Schluß des Rennens. Sprecher: Probst — Dr. Ernst.
23,10—24,00 Nachtmusik und Tanz.